

PRESSEMITTEILUNG

Digitalpolitische Erwartungen der BürgerInnen an die Politik Mehrheit will Weiterbildungen für Digitalisierung, bessere Infrastruktur und stärkeren Verbraucherschutz

Die BürgerInnen in Deutschland haben nach einer aktuellen Umfrage klare Vorstellungen zu den Prioritäten in der Digitalpolitik. Die Initiative D21 sieht die neue Bundesregierung in der Pflicht und plädiert darüber hinaus für politische Weitsicht bei den digitalen Herausforderungen der Zukunft.

Berlin, 06. Oktober 2021. Die Digitalisierung spielte für die in den Bundestag gewählten Parteien eine wichtige Rolle in ihren Wahlprogrammen. Das unterstreicht die Relevanz der Digitalisierung für Gesellschaft und Volkswirtschaft sowie den großen Handlungsbedarf. Laut einer Umfrage im Auftrag der Initiative D21 wünschen sich 60 Prozent der BürgerInnen in Deutschland, dass die Politik das Thema „Weiterbildung und Qualifizierung für die digitale Welt“ priorisiert, gefolgt vom „Ausbau der digitalen Infrastruktur“ mit 53 Prozent. Auf Platz drei folgt „Verbraucherschutz“ mit 38 Prozent Zustimmung. Diese drei Themen sind demnach klare Priorität der BürgerInnen, es folgen mit deutlichem Abstand „Regulierung sozialer Netzwerke“ (28 Prozent), „Persönlicher Zugang für alle“ (25 Prozent), „digitale Nachhaltigkeit“ (24 Prozent) und „digitale Gesundheitsleistungen“ (24 Prozent).

Im Auftrag der Initiative D21 fragte das Meinungsforschungsinstitut Kantar bundesweit 2.064 BürgerInnen (darunter auch OfflinerInnen), welche drei der folgenden digitalpolitischen Bereiche die Politik priorisieren sollte:

- **Weiterbildung und Qualifizierung** für die digitale Welt: z. B. betriebliche Fortbildungen, Schul- und Hochschulbildung
- **Ausbau der digitalen Infrastruktur:** z. B. im ländlichen Raum, für öffentliche Institutionen
- **Persönlicher digitaler Zugang für alle:** z. B. Finanzierungshilfen für digitale Endgeräte bzw. Internet, Ausstattung von SeniorInnen-/Pflegeheimen
- **Verbraucherschutz:** z. B. besserer Schutz persönlicher Daten, Durchsetzung von Sicherheitsinteressen der VerbraucherInnen
- **Digitale Nachhaltigkeit:** z. B. Förderung sauberer Energiequellen, nachhaltiger Materialien
- **Digitale Gesundheitsleistungen:** z. B. elektronische Patientenakte, Anspruch der Versicherten auf digitale Gesundheitsanwendungen („App auf Rezept“)
- **Regulierung sozialer Netzwerke:** z. B. Strafverfolgung bei Hate Speech, Kennzeichnungspflicht für Desinformationen

Generationen setzen unterschiedliche digitalpolitische Prioritäten

Im Rahmen einer Kurzexpertise untersuchte die Initiative D21 Unterschiede zwischen verschiedenen Bevölkerungsgruppen. Die persönliche Lebenssituation und die Erfahrung mit der Digitalisierung spielen bei der Bewertung digitalpolitischer Prioritäten eine entscheidende Rolle. Weiterbildung/Qualifizierung besitzen für fast alle Gruppen oberste Priorität, sie gewichten jedoch sehr unterschiedlich. Ein deutliches Muster: Jüngere und digitalaffinere Bevölkerungsgruppen sehen häufiger

Befähigung (Weiterbildung/Qualifizierung) als drängendste Aufgabe, ältere Generationen priorisieren Verbraucherschutz höher.

Die Top-3 Prioritäten nach Generationen:

- **Generation bis 1945:** Weiterbildung/Qualifizierung (47 Prozent), Verbraucherschutz, (41 Prozent), Digitale Infrastruktur (34 Prozent)
- **Nachkriegsgeneration** (1946 bis 1955): Weiterbildung/Qualifizierung (48 Prozent), digitale Infrastruktur (45 Prozent), Verbraucherschutz (33 Prozent)
- **Babyboomer** (1956 bis 1965): Digitale Infrastruktur (62 Prozent), Weiterbildung/Qualifizierung (52 Prozent), Verbraucherschutz (46 Prozent)
- **Generation X** (1966 bis 1980): Weiterbildung/Qualifizierung (58 Prozent), digitale Infrastruktur (54 Prozent), Verbraucherschutz (45 Prozent)
- **Generation Y/Millennials** (1981 bis 1995): Weiterbildung/Qualifizierung (69 Prozent), digitale Infrastruktur (58 Prozent), Verbraucherschutz (34 Prozent)
- **Generation Z** (1996 bis 2009): Weiterbildung/Qualifizierung (77 Prozent), digitale Infrastruktur (50 Prozent), Regulierung sozialer Netzwerke (32 Prozent), Verbraucherschutz liegt hier nur auf Platz sechs mit 26 Prozent.

Weitere Erkenntnisse: Für BürgerInnen mit Kindern im Haushalt sind Weiterbildung und Qualifizierung deutlich relevanter als für BürgerInnen ohne im Haushalt lebende Kinder (68 Prozent zu 56 Prozent Zustimmung). Ihnen sind auch die Themen digitale Nachhaltigkeit (29 Prozent zu 22 Prozent) und Regulierung sozialer Netzwerke (32 Prozent zu 26 Prozent) wichtiger.

Besonders schwer fällt die Beurteilung den OfflinerInnen, die nicht selbst an der digitalen Welt teilhaben (rund 8,5 Millionen Menschen in Deutschland¹). Sie sehen überdurchschnittlich oft den größten Bedarf im Verbraucherschutz (42 Prozent), ein Viertel gibt an, nicht zu wissen, welche digitalpolitischen Schwerpunkte gelegt werden sollten, bei den OnlinerInnen sagen dies nur zwei Prozent.

Initiative D21 sieht dringende Notwendigkeit für vorausschauende Digitalpolitik

Lena-Sophie Müller, Geschäftsführerin der Initiative D21, plädiert für langfristiges und strategischeres Vorgehen der Politik: „Die BürgerInnen priorisieren verständlicherweise die digitalen Themen, die sie im Alltag direkt betreffen. Aufgabe der Politik ist es nun, nicht nur diesen Sichtraum zu gestalten, sondern strategisch nach vorne zu planen und schon heute die wichtigen digitalen Themen von morgen zu gestalten. Da die Digitalisierung als Querschnittsthema nahezu alle Bereiche der Zukunft betrifft, braucht es großes digitales Know-how in allen Ressorts. Die Politik muss dabei auch die abstrakten und komplexen digitalen Themen wie digitale Nachhaltigkeit, digitaler Staat oder digitale Gesundheitsleistungen adressieren, erklären und positiv für das Gemeinwohl gestalten.“

In einer digitalpolitischen Kurzepertise ordnet die Initiative D21 die Ergebnisse der Erhebung anhand soziodemografischer Merkmale und Lebenshintergründe ein, unter anderem nach Generationen, Bildung, Geschlecht oder Wohnort: [Zum Download](#).

¹ Vgl. D21-Digital-Index 2020/2021

Zur Erhebung: Die von Kantar durchgeführte Befragung erfolgte per face-to-face-Interview (CAPI) im Juni 2021 und erfasste die deutschsprachige Wohnbevölkerung ab 14 Jahren (n = 2.064).

Pressekontakt

Initiative D21 e. V.

Roland Dathe

030 / 526 87 22 58

presse@initiated21.de

www.InitiativeD21.de

Über die Initiative D21 e. V.

Die Initiative D21 ist Deutschlands größtes gemeinnütziges Netzwerk für die Digitale Gesellschaft. Sie wurde 1999 mit dem Ziel gegründet, die digitale Spaltung der Gesellschaft zu verhindern. Mit seiner über 20-jährigen Erfahrung setzt sich der Verein gemeinsam mit seinem branchenübergreifenden Netzwerk aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft dafür ein, die durch die Digitalisierung entstehenden gesellschaftlichen Herausforderungen in all ihren Facetten zu erfassen, damit sich die BürgerInnen selbstbestimmt in der digitalen Welt bewegen können. Rund 200 Mitgliedsunternehmen und -organisationen aller Branchen aus Wirtschaft, Wissenschaft, Zivilgesellschaft sowie politische Partner von Bund und Ländern durchleuchten die gesellschaftlichen Herausforderungen im digitalen Wandel, liefern jährliche Lagebilder und stoßen Debatten an, um die Zukunft der Digitalen Gesellschaft sinnvoll zu gestalten.